er auf seinen Bescheid, der auf die erste Beschwerde ergangen ist. Darin hieß es unter anderem: Der Verein sei aus dem im Oktober 1904 gebildeten Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins hervorgegangen. Gleich diesem bezwecke er nach den Statuten, die wirtschaftlichen, rechtlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder zu wahren; er solle keinen politischen Charakter tragen. Die Vorgangen allein seien aber nicht maßgebend. Aus der Tätigkeit des Vereins in seiner früheren und in seiner jetzigen Verfassung ergebe sich aber das Hauptziel, seine Mitglieder und andere Jugendliche im Sinne der sozialdemokratischen Anschauungen mit agitatorischen Mitteln durch Schürung des Klassenhasses so zu beeinflussen, daß sie die Gefolgschaft der sozialdemokratischen Partei vermehren. — Wenn sich der Kläger beschwert fühle, daß in eine Versammlung, die zum 10. Oktober veranstaltet worden sei, Polizeibeamte kamen, so sei er auch in diesem Punkte im Unrecht. Wenn auch diese Versammlung mit dem Thema: Jugendschutz und Jugendfürsorge schließlich nicht stattfand, so sei doch, namentlich im Hinblick auf ein vorher verbreitetes Flugblatt, anzunehmen, daß diese öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten dienen sollte. Es habe angenommen werden müssen, daß das Thema von dem Gesichtspunkt einer agitatorischen Gewinnung der Hörer für die sozialdemokratische Partei erörtert werden sollte. Daraus ergebe sich das Recht zur Anwendung der Beauftragten des Polizeipräsidenten.

Der Vorstand klagte in beiden Sachen beim Oberverwaltungsgericht. Eine Bestätigung des Vereins im Sinne der Behauptungen der Beklagten wurde bestritten. Der Verein sei nicht für eine Partei tätig gewesen. Nur seine statutenmäßigen Zwecke habe er verfolgt.

In der Klagebeantwortung operierte dann der Oberpräsident mit Zitaten aus der Zeitung Die arbeitende Jugend um anzeblich nachzuweisen, daß der Verein die Beeinflussung der Jugend im sozialdemokratischen Sinne bezwecke. Das trete aber auch im Mitteilungsblatt des Vereins zutage, sowie im Liederbuch des Vereins und in einen Flugblättern. Eine Festnummer der Arbeitenden Jugend vom Jahre 1905 muß herhalten, und ein Vortrag Krilles über irgendein militärisches Thema, dessen Schlußsatz, der es der Polizei und dem Oberpräsidenten angetan hatte, so lautete: „Erst wenn die Produktionsmittel im Dienst des ganzen Volkes stehen, wird auch der Arbeiter Muße und Mittel haben, sich an der Kunst zu ergötzen und aus ihr Kraft und Begeisterung zu schöpfen.“ Von den Flugblättern hat der Oberpräsident, sie seien bis in die neueste Zeit in einer den Klassengegensatz im Sinne des sozialdemokratischen Programms verschärfenden Weise abgefaßt. Schließlich berief sich der Oberpräsident auf die Verhandlungen sozialdemokratischer Parteitage über die Jugendbewegung.

In der Verhandlung vor dem ersten Senat des Oberverwaltungsgerichts am Freitag wurde der Vorstand der freien Jugendorganisation durch die Rechtsanwälte Wolfgang Heine und Dr. Kurt Rosenfeld vertreten. Sie machten es sich zur Aufgabe, eingehend darzulegen, daß der Verein nicht eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten erstrebe also kein politischer Verein im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes sei. Ein entsprechender Rückschluß lasse sich namentlich nicht aus Artikeln der Arbeiter Jugend ziehen, die gar nicht das Vereinsorgan sei. Das sei nur das „Mitteilungsblatt“ des Vereins. Aber selbst, wenn der Verein die Arbeiter Jugend verbreitete, würde er durch den politischen Inhalt irgendwelcher Artikel des Blattes noch nicht zu einem Verein, der auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. Dasselbe würde zutreffen bei etwaigen politischen Artikeln des „Mitteilungsblattes“. Irgendwelche politische Tätigkeit in den Versammlungen des Vereins sei nicht dargetan. Es werde Beweis dafür angeboten daß der Verein in seiner früheren Verfassung als Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter sowohl, wie auch in seiner jetzigen als Freie Jugendorganisation keinerlei politische Tätigkeit entfaltet habe. Unabhängig von der sozialdemokratischen Partei habe er hier nur Bildungszwecke verfolgt. Das frühere Vereinsorgan Arbeiter Jugend könne nicht herangezogen werden, denn sein Erscheinen sei mit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes eingestellt worden. — Den Standpunkt des Oberpräsidenten vertrat ein Regierungsrat, der von Hetzereien und von einer Infektion der Jugend sprach und zum Schluß erklärte, daß der von den Jugendorganisationen betriebenen „Abtötung der patriotischen und königstreuen Gesinnung der Jugend“ vom Staate entgegen getreten werden müsse.

Nach siebenstündiger Verhandlung und Beratung wies das Oberverwaltungsgericht beide Klagen ab. Damit hat es ausgesprochen, daß der Verein ein politischer sei, und hat zugleich die Auflösung nach § 2 des Reichsvereinsgesetzes gebilligt.

Wenn das Oberverwaltungsgericht glauben sollte, mit seinem Urteil der freien Jugendbewegung endgültig den Garaus gemacht zu haben, wird es gar bald zu der Einsicht gebracht werden, daß es sich trotz seiner „Unfehlbarkeit“ gründlich irrt.

Angebliche Streikunruhen in Mainz.

Aus Anlaß des Ausstandes der Küfer in einer Mainzer Weinhandlung finden seit zwei Tagen Menschenansammlungen in der Kaiserstraße statt. Es handelt sich um Neugierige und Unbeteiligte. Da Ausschreitungen „befürchtet“ werden, ist ein außerordentliches Aufgebot von Schutzleuten angeordnet worden, denen aber angeblich zur besonderen Pflicht gemacht wurde, maßvoll aufzutreten.

Der zweite Vizepräsident des Reichstags wird nach einer Mitteilung der Nationalzeitung der Reichspartei verbleiben. Die Nationalliberalen wollen es auch diesmal wieder ablehnen, eine Vertretung im Präsidium zu übernehmen.

Die Nationalliberalen legen also Wert darauf, noch etwas in Mißstimmung gegen den konservativ-klerikalen Block zu nimen. Sie bilden sich ein, bei den künftigen Wahlen etwas günstiger dazustehen, wenn sie ihre Neigungen für neue Waffenbrüderschaft mit der konservativen Reaktion vorerst noch zurückhalten. Tatsächlich aber werden solche Scheinmanöver nicht die gewünschte Wirkung ausüben. Die Nationalliberalen sind als Hilfstruppe der Reaktion allzu sehr erkannt.

Mandatsmüde. Unter den fortschrittlichen Abgeordneten, die bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder kandidieren wollen, befinden sich, wie wir hören, auch der Vertreter von Waldeck-Pyrmont, Dr. Heinz Potthoff. In Waldeck wurden 1907: 1122 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Potthoff erhielt in der Stichwahl 5980 Stimmen gegen 5517, die auf den deutschsozialen Freiherrn v. Richthofen entfielen.

Saure Trauben. Der frühere Staatssekretär Dernburg hat, wie der Köln. Ztg. aus Schanghai telegraphiert wird, zu den Meldungen von einer ihm angebotenen Reichstagskandidatur erklärt, daß er „zurzeit durchaus nicht die Absicht habe, sich aktiv an der deutschen Politik zu beteiligen“.

Aufgehobenes Todesurteil. Das Oberkriegsgericht des ersten bayrischen Armeekorps in München verhandelte am Freitag als Berufungsinstanz gegen den Infanteristen Högerle, den das Kriegsgericht am 9. August wegen Raubmordes an der Geschäftsinhaberin Porter zum Tode verurteilt hatte. Das Oberkriegsgericht hob das Urteil auf und erkannte nur wegen Verbrechens des schweren Raubes und des Totschlages auf **lebenslängliches Zuchthaus.**

Das Blutbad in Südwest.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Swakopmund über die Ursachen der Kaffernrevolte mitgeteilt: Lohnabzüge, die den zu Bethanu bei Wilhelmstal beschäftigten Kaffern für nicht geleistete Arbeiten an Sonntagen beziehungsweise in Krankheitsfällen gemacht wurden, hatten die Kaffern zum Ausstande veranlaßt. Darauf verweigerten die **Bauunternehmer die Lieferung von Wasser und Nahrungsmitteln,** die die Kaffern sich nunmehr von den benachbarten Farmen verschafften. Da Polizeibeamte, die die Führer verhaften sollten, schlecht behandelt wurden, wurde eine Kompagnie Soldaten gegen die Kaffern ausgeschickt, die man der Räuberei mit Waffen in der Hand bezichtigte. Bei dem Angriff gebrauchten die Soldaten zuerst das Bajonett und machten dann von der Feuerwaffe Gebrauch. **14 Kaffern sind getötet und viele verwundet.** An Ort und Stelle hält man das Auftreten gegen die Kaffern für gerechtfertigt.

Aus dem letzten Satze spricht die Auffassung des Unternehmertums, das selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden hat, wenn noch „wirksamere“ Mittel als der Versuch zur Aushungerung gegen streikende Arbeiter angewendet werden. — Auffällig ist es, daß das Reichskolonialamt immer noch zögert, eine ausführliche Darstellung der blutigen Vorgänge zu geben.

Kleine politische Nachrichten. Im böhmischen Landtag wird weiter gearbeitet und die Optimisten sehen darin, daß man schon über die Details der Kreiseinteilung berät, einen wichtigen Fortschritt. Es muß aber festgestellt werden, daß nicht die Kreiseinteilung an sich von den Tschechen bekämpft wird, sondern die Einsprachigkeit der Kreise. Bevor dieser Begriff nicht geklärt und gesichert ist, ist die ganze übrige Arbeit wertlos. — Die Buschtiehrader Eisenbahn hat nach einer Prager Meldung, eine Gehaltsaufbesserung des Personals im Gesamtbetrage von 600 000 Kronen beschlossen um die angedrohte passive Resistenz zu vermeiden. Vorausgesetzt wird, daß die Regierung in eine Erhöhung des Personen- und Kohlentarifs einwilligt. — Es heißt, der König von Griechenland werde den Präsidenten der Nationalversammlung, Höflin, mit der Bildung des Kabinetts beauftragen. In zuständigen Kreisen weiß man durchaus nichts von Vorverhandlungen, die zum Zwecke der Erzielung eines Einvernehmens zwischen der Türkei und Griechenland geführt worden sein sollen. Es handle sich lediglich um tendenziöse Gerüchte. — Roosevelt erklärte in einer Rede, mit der er die Wahlbewegung im Staate Neuyork eröffnete, Tammany Hall und Wallstreet hätten einen Vertrag miteinander abgeschlossen. — 13 Pekinger Banken haben falliert. Man erwartet, daß ihnen die Regierung 5 Millionen Taels vorstrecken wird.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Verhandlungen der österreichischen Delegation.

Wien, 14. Oktober. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und die Angelegenheiten Bosniens begann die Beratung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen.

Dr. Kramarcz kritisierte die Annexionspolitik und die schroffe Unnachgiebigkeit gegen Serbien, wo Deutschland sich an den Platz Oesterreichs setze. Redner erörterte die Tendenz des Neoslawismus und erklärte: Wir wollen keine Politik machen, die die bestehende Staatsordnung umstürzen und Neues an ihre Stelle setzen soll. Wir wollen nur den Frieden unter den slawischen Völkern und ihre innere und kulturelle Annäherung als Sicherung dafür, daß eine antislawische Politik Oesterreichs im Innern und nach außen absolut unmöglich sei. Oesterreich ist für absehbare Zukunft an Deutschland geradezu gekettet und hat jede Bewegungsfreiheit verloren. Zum Enthusiasmus haben die Slawen um so weniger Grund, als im Innern antislawische Politik gemacht und in Deutschland die Ausweisungen der Slawen rückhaltlos betrieben werden. Oesterreich muß auch in seiner auswärtigen Politik auf seine Slawen Rücksicht nehmen. Deutschland, dem Oesterreich jetzt nicht mehr entgehen kann, will mit ihm die Türkei gewinnen, um von Hamburg bis zum Bosporus eine unbezähmbare Macht gegen alle slawischen Völker und gegen die Westmächte aufzustellen.

Delegierter Dr. v. Bärnreither erklärte, die Behauptung des Delegierten Kramarcz von dem Abhängigkeitsverhältnis Oesterreichs zu Deutschland sei falsch. Aus der Kriegsbereitschaft habe Oesterreich großen moralischen Nutzen gezogen. Der Passus der Thronrede, daß das Bündnis mit Deutschland und Italien womöglich noch fester und inniger geworden sei, werde von allen Freunden des Friedens mit Freude und Dankbarkeit vernommen werden. Es scheine, daß sich ein gewisses Einverständnis zwischen Oesterreich, Deutschland und der Türkei vorbereite, das eine sehr große militärische Bedeutung haben und vom Welt bis zum Bosporus eine starke Friedensstellung bedeuten würde. Allerdings sei die Türkei ein unsicherer Faktor, da sie vielfach zu Frankreich und England finanziell in Verbindung stehe. Redner trat für eine wirtschaftliche Annäherung an die Balkanstaaten, besonders an Serbien, ein, wo Deutschland wirtschaftlich seit 1906 an Oesterreichs Stelle getreten sei.

Freiherr v. Schwegen billigte das Vorgehen des Auswärtigen Amts in der Annexionsfrage, verlangte aber Pflege der Handelsbeziehungen zu den Balkanstaaten. Dr. Rennert erklärte, die einzig richtige Methode der Annexion wäre eine gute nationale und soziale Politik gewesen, nicht aber eine Politik mittels Militär und Diplomatie. Die Kosten der Annexionspolitik mußten infolge der Boykottbewegung die österreichischen Arbeiter zahlen. Die auswärtige Politik bedeute für Oesterreich Handelspolitik; gerade darin aber sei das Auswärtige Amt ein Vollzugsorgan der Agrarier.

Spanien.

Der Ferrer Gedächtnistag.

Madrid, 14. Oktober. Der Jahrestag des Todes Ferrers ist nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne ernstere Zwischenfälle verlaufen. Der Gouverneur von Sevilla untersagte die Meetings anläßlich der Gedächtnisfeier zu Ehren Ferrers. In Bilbao erschien heute die erste Nummer der Wochenschrift El Radical, die ganz Ferrer gewidmet ist. Die Behörden von Barcelona haben außerordentliche Vorbereitungen getroffen. Sämtliche verfügbare Polizei und Gendarmerie ist in den Straßen postiert; alle Truppen sind in den Kasernen konsigniert, wo der aus dem kubanischen Kriege als brutaler Draufgänger bekannte Generalkapitän Weyler sie besuchte. Er ordnete an, daß, sobald der Befehl eintreffe, die Truppen mit scharfen Patronen versehen ausrücken sollten. Der Gouverneur gestattete nur die Niederlegung von Kränzen am Grabe Ferrers, und zwar wurden nur Gruppen zu höchstens sechs Personen auf einmal in den Friedhof eingelassen. Die am Grabe niedergelegten Kränze zählen nach Hunderten. Bis zur Nacht sind Nachrichten über Ausschreitungen nicht eingetroffen. In Valencia bewarf eine Volksmenge zwei Klöster mit Steinen. Sämtliche Fenster wurden zertrümmert.

Aus Valencia, Barcelona, Saragossa, Bilbao, Alicante und vielen anderen spanischen Städten kommen Nachrichten von Versammlungen, die zu Ehren Ferrers abgehalten wurden. In allen wurde die Politik Mauras und seines Kabinetts in den schärfsten Worten verurteilt. Das Massenaufgebot von Polizei und Gendarmerie fand keinen Anlaß zum Einschreiten.

Portugal.

Befürchtungen und Schwierigkeiten.

London, 14. Oktober. Verschiedene Meldungen aus Lissabon stimmen darin überein, daß sich dort eine beunruhigende Stimmung bemerkbar mache, so daß man sogar den Ausbruch einer Gegenrevolution befürchte. Das Militär beschwere sich über einen zu anstrengenden Dienst, schlechte Nahrung usw. Lissabon selbst gleicht einem großen Waffenlager. Täglich treffen neue Truppen ein, so daß es scheint, als ob die republikanische Regierung so ziemlich das ganze Militär in der Hauptstadt zur Hand haben möchte, weil sie monarchistische Beeinflussungen in den Provinzgarnisonen befürchtet. Dazu kommt noch, daß ziemlich bestimmt auftretenden Gerüchten zufolge es zwischen den Ministern zu fortwährenden Zwistigkeiten kommt, infolgedessen der Finanzminister aus dem Kabinette bereits ausgeschieden ist.

Aus solchen Tatsachen wird der Schluß gezogen, daß die neue Republik noch ernste Schwierigkeiten zu überwinden habe, ehe von einer sicheren Befestigung gesprochen werden könne.

Rußland.

Hinter verschlossenen Türen.

Petersburg, 14. Oktober. Der auch den deutschen Genossen bekannte agrarpolitische Schriftsteller Peter Maßlow wurde dieser Tage wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zur lebenslänglichen Verbannung nach Sibirien verurteilt. Die Prozeßkomödie fand hinter verschlossenen Türen in der besonderen Delegation des Moskauer Appellhofs statt. Ein ordentliches Gericht hätte das Schandurteil nicht fällen können.

Dresdner Polizeibericht vom 15. Oktober.

Wie hierher gemeldet wurde, sind in Wien eine goldne Herrenremontoiruhr Nr. 164 734, System Glashütte, der Vordermantel mit 20 Brillanten in Form einer siebenzackigen Krone gefaßt, und ein Damenring, besetzt mit 3 Rubinen und 4 Brillanten, versetzt worden. Es wird vermutet, daß diese Pretiosen, die im April dieses Jahres hier gekauft sein sollen, auf unrechtmäßige Weise erlangt worden sind. Beide Stücke sind mit 1600 Kronen abgeschätzt worden. Etwaige Verlustträger wollen hierzu der Kriminalabteilung Mitteilung machen.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 16. Oktober:
Keine Witterungsänderung: Nachtfrost.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke
vom 15. Oktober, mittags 12 Uhr.

Barometer 760. Veränderlich.
Thermometer + 12° R.
Thermometergraph. Min. + 8, Maxim. + 11.
Hygrometer 71 %.
Wasserstand — 52.

Letzte Telegramme.

Ausstand der Straßenbahner in Bremen.

Bremen, 15. Oktober. In einer heute nacht 3½ Uhr beendeten Versammlung beschlossen die Straßenbahner wegen der seit einigen Tagen herrschenden Lohndifferenzen mit 437 gegen 11 Stimmen, in den Ausstand zu treten. Der Betrieb ruht heute morgen auf sämtlichen Linien.

Dr. Koch.

Berlin, 15. Oktober. Der frühere Präsident des Reichsbankdirektoriums, Koch, ist heute früh in Charlottenburg gestorben.

Der Kampf in Frankreich.

Paris, 15. Oktober. (W. T.-B.) Die Streikbewegung wird in Regierungskreisen im wesentlichen als beigelegt angesehen. Mehrere radikale Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß bei beiderseitigem guten Willen eine Wiederkehr solcher Ausstände für lange Zeit hintangehalten werde. Der ministerielle Petit Parisien schreibt: Die öffentliche Meinung wird der Regierung Dank dafür wissen, daß sie kräftig die Ordnung aufrecht erhalten und eine energische Tätigkeit entfaltet hat. Andere Blätter verlangen abermals dringend ein entschiedenes Vorgehen gegen den Allgemeinen Arbeitsverband, der der Haupturheber der unaufhörlichen Streiks sei. Der Figaro schreibt: Es heißt, daß die Regierung dem Parlament unverzüglich einen Gesetzentwurf unterbreiten werde, durch den das Syndikatsgesetz von 1884 abgeändert werden soll. In der Tat ist eine Gesetzesänderung unumgänglich notwendig. Die Action sagt: Es existiert irgendwo im Lande offenbar eine bestimmte Verschwörung gegen das Vaterland. Diese muß mit der äußersten Energie bis auf den letzten Rest zerstört werden.

Angst vor Ansteckung.

Brüssel, 15. Oktober. Der belgische Eisenbahnminister hat verfügt, daß die Angestellten der belgischen Staatsbahn in der Folge die französische Grenze nicht mehr überschreiten dürfen. Der Minister will nicht, daß die Angestellten der belgischen Bahnen „irgendwelcher Gefahr ausgesetzt“ würden.

Die nächsten Wahlen in Portugal.

Lissabon, 15. Oktober. Die nächsten Wahlen werden nach dem allgemeinen Stimmrecht erfolgen.

Die persische Anleihe.

Teheran, 15. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt aus glaubwürdiger Quelle: In bezug auf die kleine Anleihe, die die persische Regierung mit einem Londoner Hause abschließt und für deren Dienst die Zuweisung der Zölle in den Häfen des persischen Golfs in Aussicht genommen wird, ist die britische Regierung dem Vernehmen nach geneigt, zuzugeben, daß die Rechte der russischen Regierung berücksichtigt werden. In den maßgebenden Kreisen herrscht hier die Meinung, daß die Konzession als ein Faktor angesehen werden müsse der zur Errichtung einer starken russischen Stellung am Persischen Golf führe.

Australische Wahlen.

Sydney, 15. Oktober. Die Stichwahlen in Neusüdwales sind nunmehr erfolgt. Danach wurden **46 Anhänger der Arbeiterpartei** und **44 Liberale** gewählt.

Die Brandkatastrophe in Berlin.

Berlin, 15 Oktober. Das Brandunglück in der neuen Friedrichstraße ist größer, als man angenommen hatte. Außer den bereits gestern gefundenen beiden weiblichen Leichen wurden heute früh aus der Brandstätte noch fünf Leichen aufgefunden, die ebenfalls bis zur Unkenntlichkeit verkohlt sind.

Todesurteil.

Saarbrücken, 15. Oktober. Das Schwurgericht verurteilte gestern den Kellner Ulrich Bist aus Affaltern in Bayern wegen Ermordung der Kellnerin Emma Reinfrank zum Tode.

Sturmverwüstungen.

Havanna, 15. Oktober. Die Provinzen Havanna, Matanzas und Pinar del Rio sind von einem der schwersten Stürme, die seit Jahren dort vorgekommen sind, heimgesucht worden. Die Tabakernte hat besonders in Vuelta Abajo, wo die Samenbeete zerstört sind, schweren Schaden gelitten. Die Jahreszeit ist zu weit vorgerückt, um Neuanpflanzungen vorzunehmen. Die Zuckerernte ist wahrscheinlich weniger geschädigt worden.

Das heutige Blatt umfaßt 18 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101015/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG